

Stadt baut Schulden ab

Gewerbesteuer stabilisiert Haushalt / Rücklagen wachsen auf Rekordniveau

VON THORSTEN GÖDECKER

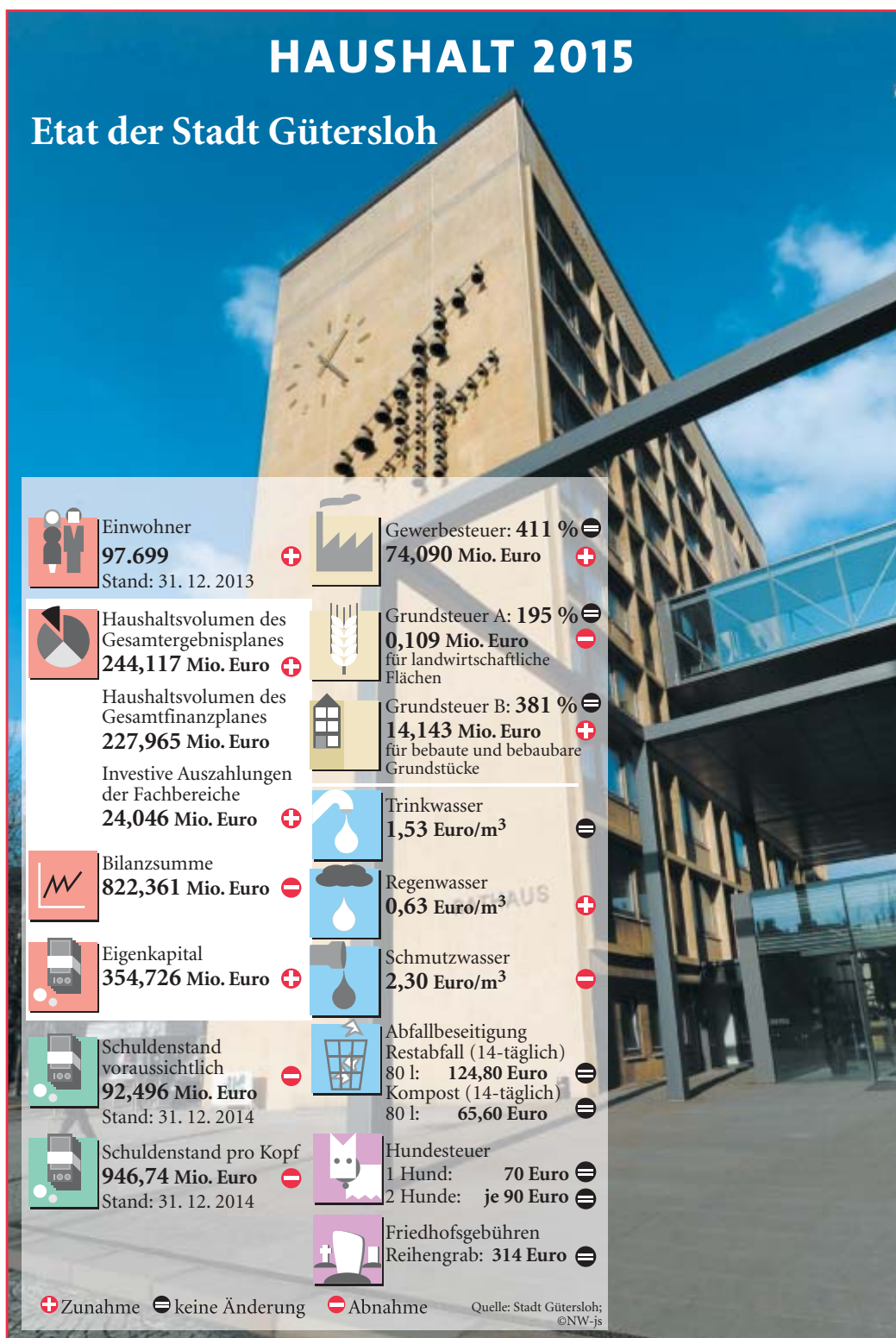
■ Gütersloh. Mit den Stimmen der CDU, der Grünen, der SPD und des Liberalen hat der Rat den Haushalt des laufenden Jahres verabschiedet. BfGT, Linke und UWG votierten gegen das Zahlenwerk. Die sprudelnden Gewerbesteuereinnahmen, die sich auf 74,1 Millionen Euro addieren, ermöglichen der Stadt sogar einen Schuldenabbau.

Die Bedeutung der Gewerbesteuer verdeutlichte der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Ostermann: Würde die Stadt alle freiwilligen Leistungen radikal streichen, könnten fünf Millionen Euro gespart werden. „Nur im letzten Jahr haben wir aber an Gewerbesteuern 14,5 Millionen Euro mehr eingenommen als geplant.“ Der Sozialdemokrat formulierte die Konsequenz: „Wir müssen alles dafür tun, dass die Einnahmeseite weiterhin so gut bleibt und wenn möglich noch gestärkt wird.“ Ostermann nahm für seine Partei in Anspruch, stets darauf verwiesen zu haben, dass Stadtkämmerin Christine Lang sehr vorsichtig kalkuliere. Pessimisten der CDU hätten 2010 im Ratssaal sogar prophezeit, dass die Schulden anno 2015 die 150-Millionen-Euro-Marke reißen würden, nun könne eine Nettoneuverschuldung vermieden werden und der Schuldenstand reduziere sich auf 82,7 Millionen Euro.

Diesen Erfolg verbuchte der CDU-Fraktionsvorsitzende Heiner Kollmeyer für sich: „Nach vier ordentlichen Haushaltsjahren, einem Schuldenabbau in Höhe von etwa 17 Millionen Euro, einer Ausgleichsrücklage in Rekordhöhe von fast 46 Millionen Euro und den aktuellen Prognosen für 2015 können wir sagen, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden. Dafür gibt es viele Gründe, aber einen muss ich nennen, denn dafür stehe ich, dafür steht die CDU: Wir haben für die Haushaltskonsolidierung gekämpft.“ Es wäre allerdings fahrlässig, das „Füllhorn“ auszuschütten und die Finanzen erneut aus dem Ruder laufen zu lassen, sagte Kollmeyer. Jede neue freiwillige Leistung und jede Ausweitung von freiwilligen Leistungen gehörten auf den Prüfstand. Nicht, weil es Freude mache, sondern weil nur so die Handlungsfähigkeit der Stadt erhalten werden könne.

Wichtigstes Ziel müsse es bleiben, mehr Gewerbeflächen zur Verfügung zu stellen, sagte Kollmeyer. „Gewerbeflächen bedeuten Arbeitsplätze, Gewerbeflächen bedeuten in der Folge auch eine höhere Kaufkraft, und Gewerbeflächen bedeuten nicht zuletzt höhere Steuereinnahmen.“

Während Kollmeyer dem BfGT-Fraktionschef Norbert Morkes Handlungsunfähigkeit attestierte, fand er versöhnliche Worte für die Bürgermeisterin: „Die Zusammenarbeit war nicht immer reibungslos. Aber in den letzten Jahren habe ich die Zusammenarbeit vor allem zwischen uns beiden oft als sehr angenehm empfunden. Wir haben sie auf dem Weg der Kon-



solidierung häufiger an unserer Seite gewusst als ihre Kollegen von der SPD.“ In der Senkung der Kindergartengebühren erkannten Kollmeyer und die grüne Fraktionssprecherin Birgit Niemann-Hollatz eine richtige Investition in die Zukunft. Viel Potenzial erkennt Niemann-Hollatz auch in der „Kulturstadt Gütersloh. „Gütersloh wird sich zu einem Anziehungspunkt für alle Jazz-Liebhaber entwickeln und mit diesem Magneten überregional Beachtung finden.“

Kultur sei für Grüne ein bedeutender Standortfaktor: „Wir werden in 2015 die Kulturräume mit Haushaltsmitteln von über 3,2 Millionen Euro bezuschussen. Das ist – auch ange-

sichts des überzeugenden Programms, das uns die künstlerische Leitung präsentiert – vertretbar.“

Insgesamt stehe der Haushalt auf soliden Beinen. Er gehe allerdings von einem Fehlbetrag von knapp 4,9 Millionen Euro aus: „Wir vertrauen darauf, dass die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen in Gütersloh in diesem Jahr weiter so gut ist und dass wir deshalb auch in diesem Jahr wieder von steigenden Steuereinnahmen profitieren können.“

Auch Norbert Morkes stellte für die BfGT fest, dass sich der Haushalt trotz anderslautender Prognosen seit 2011 positiv entwickle. Der Bürgermeisterin

warf er vor, „unangemessenen Begehrlichkeiten“ eine Absage zu erteilen und gleichzeitig kräftig in die Kulturräume zu investieren: Für Geschäftsführer Andreas Kimpel gelte das Motto: „Wünsch dir was“.

Die sehr gute Steuerkonjunktur überdecke seit Jahren die strukturelle Haushaltschiffelung der Stadt. Der Haushalt habe sich auf der Kostenseite weiter aufgebläht. Damit sei ein finanzwirtschaftlich ein strukturelles Kostenproblem in die Zukunft verlagert worden, begründete Werner Lindermeier für die UWG deren Ablehnung.

Auch Manfred Reese verwies für die Linke auf diesen Umstand: „Manchmal muss man auch nur Glück haben. Oder eine günstige Konjunktur, damit die Gewerbesteuern sprudeln.“

Der Liberale Florian Schulte-Fischedieck forderte eine Strategie-Debatte ein: „Es wird stundenlang über Kleckerbeträge diskutiert, weil man Interessengruppen nicht enttäuschen möchte. Was aber fehlt, ist der Blick für das große Ganze.“ Nachdenklich erklärte er dem Plenum: „Es ist erschütternd, dass über die Hälfte der Wahlberechtigten, nichts, aber auch gar nichts mehr mit uns anfangen kann.“

Union applaudiert dem Linken

■ Die Union applaudierte geschlossen, als der Manfred Reese (Linke) erklärte, dass man sich nicht von einem Monopolkapitalisten die Preise diktieren lassen dürfe. Auch die Haushaltsdebatte im Rat wurde zum Teil von den Buswartehäuschen bestimmt. Norbert Morkes nannte sie einen „Schuldbürgerstreich“. Für

Heiner Kollmeyer (CDU) sind sie ein gutes Geschäft. Er errechnete nach der Neuvergabe der Werbekonzessionen einen Vorteil für die Stadt in Höhe von 125.000 Euro. Florian Schulte-Fischedieck (FDP) lobte Stadtbaurat Henning Schulz für den Deal und riet ihm, sich nicht vom Wahlkampfgetöse verunsichern zu lassen.